



Torsten Meier:
DGB als Gegenmacht?

Otto König/Richard Detje:
Digitales Proletariat

Mit Beiträgen u.a. von

Elmar Altvater, Hajo Funke, Klaus Dörre, Friedrich Steinfeld, Joachim Bischoff, Wolfgang Müller, Martin Schirdewan, Hinrich Kuhls, Norbert Frei, Mario Keßler



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Zustimmung zur EU



Ein Jahr vor den Wahlen eines neuen Europäischen Parlaments publiziert die Europäische Union Umfragezahlen des Eurobarometers. Die Resultate zeigen: Die EU konnte die Zustimmung in der Bevölkerung der Mitgliedstaaten steigern. ...

Emanzipation von den USA?



Mit der Trump-Administration hat sich die Veränderung der Nachkriegsordnung deutlich beschleunigt. Mit der Leitidee »America First« geht auch für die Europäer eine Ära zu Ende, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Verhältnis zu den USA bestimmte. ...

Europas Rüstungsprojekt



Die Luft- und Raumfahrtmesse ILA 2018 in Berlin bot Militärs, Politiker*innen und Rüstungsschmieden die Plattform, die Rüstungskooperation Berlin-Paris voranzutreiben. Ursula von der Leyen und Florence Parly unterzeichneten Erklärungen zu Aufklärungs- und Transportflugzeugen sowie einem neuen Kampfflugzeug-System. ...

Kreative Analyse kapitalistischer Verhältnisse

Elmar Altvater: Ökonomischer oder ökologischer Kollaps	2
Hajo Funke: Weltbürger des demokratischen Sozialismus Nachruf eines Weggefährten auf Elmar Altvater (1938-2018)	9
Klaus Dörre: Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik Teil 1: These und Gegenthese	10

Weltpolitische Umwälzungen

Friedrich Steinfeld: Der »kleine Weltkrieg« in Syrien und der Abstieg des Westens	14
Joachim Bischoff: Erdoğan auf Konfrontation mit den Finanzmärkten	20
Otto König/Richard Detje: #Tamam, es reicht! Türkei – Gewerkschaften zwischen Repressionen und Widerstand	25
Wolfgang Müller: Verhält sich China unfair? USA und Europa machen Front gegen Chinas Wirtschafts- und Industriepolitik	29

Zukunft Europas

Martin Schirdewan: Wie es ist, kann es nicht bleiben. Zur Zukunft der Europäischen Währungsunion aus kritisch-linker Perspektive	35
Redaktion Sozialismus: Riskantes Regierungsexperiment Neue Stufe der Zerstörung der italienischen Republik	39
Hinrich Kuhls: Fragiles Gleichgewicht für Post-Brexit Nach den Kommunalwahlen in England	43

Forum Gewerkschaften

Torsten Meier: DGB als Gegenmacht? Anmerkungen zum 21. Ordentlichen Bundeskongress	47
Otto König/Richard Detje: Digitales Proletariat. Fahrrad-Kurier*innen gehen gegen die Auswüchse der Plattformökonomie auf die Barrikaden	51

Geschichte/Nachruf

Norbert Frei im Gespräch mit Adelbert Reif: 1968 – Ein Jahr des Aufbruchs und der Zäsur	54
Mario Keßler: »Wir sind alle deutsche Juden«. Ein Buch über jüdische Studenten im Pariser Mai 1968 (zu Sebastian Voigt)	59
Jörn Schüttrumpf: Jochen Cerny (1934-2018). Erinnerung an eine ungewöhnliche Persönlichkeit	62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Isle of dogs (Filmkritik)	65

Verhält sich China unfair?

USA und Europa machen Front gegen Chinas Wirtschafts- und Industriepolitik

von ■ Wolfgang Müller



Foxconn Fabrik in Shenzhen (Foto: Steve Jurvetson/flickr.com, CC BY 2.0)

US-Präsident Trump twitterte Mitte Mai, dass der Handelskrieg mit China vorerst abgesagt ist. Andere US-Regierungsvertreter widersprachen. China signalisierte, es werde weiter verhandelt, und es werde künftig mehr Agrarprodukte, Öl und Flugzeuge aus den USA kaufen. Aber auch wenn es demnächst einen belastbaren Handelskompromiss zwischen China und den USA geben sollte, wird der Feldzug des wirtschaftlich angeschlagenen US-Hegemons gegen den aufsteigenden Rivalen China, demnächst größte Wirtschaftsmacht der Welt, weitergehen. Und Europa wird weiter seinen Platz suchen in der neuen unübersichtlichen Weltordnung.

US-Forderungen: Kein souveräner Staat könnte sie akzeptieren

Im März hat die US-Regierung auf Stahl- und Aluminiumprodukte Einfuhrzölle verhängt. Für weitere Produktgruppen sind sie in Vorbereitung. Betroffen sind vor allem Europa, Kanada und Südkorea, von denen der größte Teil der US-Importe kommt, während auf China gerade 2% der Stahlimporte entfallen. Aber China ist das Hauptziel der USA im Wirtschafts-

krieg. Schon vor Monaten forderte die Trump-Regierung von China, das US-Defizit im China-Handel in Höhe von 337 Mrd. US-\$ 2017 um 100 Mrd. US-\$ zu reduzieren und zwar bis Ende 2018. Als Anfang Mai eine US-Handelsdelegation in Peking vortrat, legte sie gleich noch einen drauf: Das bilaterale Handelsdefizit solle bis 2020 um insgesamt 200 Mrd. US-\$ reduziert werden. China müsse zudem die Einfuhrzölle z.B. auf Autos weitestgehend abbauen. Außerdem solle die chinesische Regierung die in dem staatlichen Programm »Made in China 2025« festgeschriebene systematische Förderung von Zukunftsindustrien wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Chip-Technologie etc. komplett stoppen. Mit »Made in China 2025« will China erklärtermaßen zur führenden Industrienation werden. Außerdem verlangten die US-Unterhändler in Peking, China solle die verbliebenen Investitionsschranken für ausländisches Kapital (z.B. im Finanzsektor) weiter abbauen.

Wolfgang Müller hat die letzten 15 Jahre in der IG Metall Bayern gearbeitet und den Siemens-Konzern und dann die Auto- und Zulieferindustrie betreut. Zuvor war er Software-Entwickler bei US-Computerkonzernen. Er hat mehrere Jahre in Peking gelebt.

Das i-Tüpfelchen der Wunschliste der US-Unterhändler: China müsse sich künftig verpflichten, keinerlei Gegenmaßnahmen und auch keine Klagen bei der Welthandelsorganisation WTO gegen einseitige wirtschafts- und handelspolitische Sanktionen der USA zu ergreifen. Die Financial Times (9.5.2018) kommentierte das US-Horrorprogramm gegen China folgendermaßen: »Die Forderungen des US-Präsidenten zu Zöllen und Importen sind lächerlich. Kein souveräner Staat könnte sie akzeptieren.« Dass die Trump-Administration im Wirtschaftskrieg gegen China die Folterinstrumente nicht nur auf den Tisch legt, sondern auch zuschlägt, erlebte Mitte April der teilstaatliche chinesische Telekommunikationshersteller ZTE, der zusammen mit Nokia, Ericsson und dem chinesischen Unternehmen Huawei den Weltmarkt für Netzwerk-Infrastruktur kontrolliert. Mit einem Mausklick wie bei einem Computerspiel brachten die US-Wirtschaftsdiplomaten den Großkonzern ZTE an den Rand des Kollaps. Dasselbe Spiel hatten sie Wochen zuvor mit dem russischen Aluminiumkonzern Rusal getrieben, weil Rusals Haupteigner Deripaska ein enger Freund Putins sein soll (Economist, 5.5.2018). Die USA verhängten über ZTE einen Bann, weil das Unternehmen trotz vorheriger US-Strafen weiter die US-Sanktionen gegen Iran und Nordkorea unterlaufen hatte. In den nächsten sieben Jahren dürfen US-Firmen keine Hard- und Software mehr an ZTE verkaufen. Für ZTE ist das ein existenzieller Schlag: Ein Großteil der Innereien und der Software der ZTE-Telefone und Netzausrüstung stammen aus den USA. ZTE verkaufte zuletzt in den USA 20 Mio. Handys pro Jahr und hat dort einen Marktanteil von einem Drittel. Die Folge des US-

Banns: Anfang Mai stellte das Weltunternehmen mit weltweit 75.000 Beschäftigten und über 16 Mrd. Euro Umsatz 2017 vorerst seine Geschäftstätigkeit ein. Nur die persönliche Intervention des chinesischen Parteichefs Xi Jinping führte dazu, dass US-Präsident Trump den Bann gegen ZTE vorläufig wieder aufhob (FT, 15.5.2018). Die damit befassten US-Regierungsagenturen sollen Sturm gegen Trumps Kehrtwende gelaufen sein.

Schon im März hatte die Trump-Regierung die 142 Mrd. US-\$ teure feindliche Übernahme des US-Chipentwicklers Qualcomm, deren Chips den Mobilfunkmarkt dominieren, durch den Konkurrenten Broadcom (Unternehmenssitz zwar künftig in den USA, aber verdächtig für China-Kontakte) untersagt. Die US-Regierung befürchtete, durch den Deal könnten Chinas Telekom-Konzerne ZTE und Huawei leichter mit ihren Produkten die 5G-Netze, die Netze der fünften Mobilfunkgeneration, und damit Zukunftstechnologien wie das industrielle Internet und das autonome Fahren kontrollieren. Im Januar stoppte der größte US-Netzbetreiber AT&T nach Hinweisen aus Washington das Projekt, Huawei-Handys auch in den USA zu vertreiben.

Aber nicht erst seit Trump ist es erklärtes Ziel der US-Politik, dem weiteren Aufstieg des Konkurrenten China möglichst viele Hindernisse in den Weg zu legen. Gerade die Demokraten im US-Kongress haben immer wieder zur Keule des China-Bashings gegriffen. Die von Obama auf den Weg gebrachten multilateralen Handelsabkommen TPP für den pazifischen Raum und TTIP für den Atlantik sollten ausdrücklich China ausgrenzen. Der in diesen Abkommen vorgesehene weitestgehende Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen hätte China diskriminiert. Auch die Untersuchungen gegen ZTE hatte die Obama-Administration auf den Weg gebracht.


Deutschland und Europa an der Seite der USA

Schon 2014 war China kaufkraftbereinigt die weltgrößte Wirtschaftsmacht. In wenigen Jahren wird Chinas Wirtschaftsleistung auch in nominalen Preisen höher sein als die der USA. Chinas unaufhaltsamer Aufstieg ist ein Fakt, daran kann auch die Hegemonialmacht USA nichts ändern.

Aber die USA wollen verhindern, dass China ihnen die technologische Führerschaft auf wesentlichen Feldern, z.B. in den Zukunftsindustrien, streitig macht. Es geht nicht um Stahl, von dem inzwischen die Hälfte der Weltproduktion auf China entfällt. Oder etwa um Aluminium oder andere Massenprodukte. Das sind Neben»kriegs«schauplätze. Es geht vielmehr um die Technologien sowie Schlüsselprodukte und -komponenten auf den industriellen Feldern, die bislang die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA und des Westens, also Europas und Japans, garantieren und damit für satte Profite sorgen. China als Fabrik der Welt muss für solche Komponenten und Lizenzen bislang teuer bezahlen.


Halbleiter sind solche Schlüsselkomponenten. Sie sind aus der modernen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. In jedem Auto stecken jetzt schon tausende Chips, und das autonome Fahren potenziert nochmals den Bedarf. Die Digitalisierung der Industrie bringt Millionen Chips in die Produktionslinien und Produkte. Die Entwicklung von Halbleitern und das hochkomplizierte Fertigungs-Know-how wird bislang vor allem von den

Informativ, knapp und klar:



Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net



CC Creative Commons

USA, Japan, Südkorea und Taiwan dominiert. Die Chipindustrie ist eine der wenigen Branchen, in denen die USA noch führend sind. China hat hier großen Nachholbedarf. Wertmäßig gibt das Land inzwischen mehr Geld für Halbleiterimporte aus als für die Einfuhr von Öl. Nachvollziehbar ist, dass die chinesische Regierung deshalb die Aufholjagd bei Halbleitern zu einer Priorität gemacht hat. Dasselbe gilt für Schlüsselkomponenten wie etwa Auto-Lenksysteme oder hochwertige Lager und sonstige Teile, die zwar in China verbaut werden, aber teuer bezahlt bzw. importiert werden müssen.

Auch Europa bringt sich im Wirtschaftskrieg gegen China in Position: Nachdem die Trump-Regierung die Strafzölle gegen Stahlimporte aus Europa vorerst ausgesetzt hatte, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Hardt, zuständig in der GroKo für die transatlantische Koordination, man solle die gewonnene Zeit nutzen und jetzt die USA überzeugen, sich mit Europa gegen Chinas möglicherweise »unfaire« Handelspraktiken zu verbünden. Der Aufschub der Strafzölle bringe Zeit für Gespräche über die Risiken eines zunehmend selbstbewussten Chinas für den Welthandel. »Eines unserer Vorschläge an die amerikanische Seite sind Gespräche, wie wir gemeinsam Chinas möglicherweise unfairen Handelspraktiken begegnen können.« (Bloomberg, 23.3.2018)

Wegen der riesigen Exportüberschüsse Deutschlands, die auch Trump schon bemerkt hat, und die in Relation zur Wirtschaftsleistung ein Vielfaches der chinesischen Exportüberschüsse ausmachen, sitzt das deutsche Großkapital im Glashaus. Deshalb schränkte Hardt sogleich ein, es sei die freie und souveräne Entscheidung jedes Kunden in den USA, BMW oder Mercedes zu kaufen und nicht Chevrolet oder Cadillac. Er hätte auch gleich sagen können, es sei die souveräne Entscheidung jedes US-Bürgers, »Made in China«-Produkte zu kaufen. Dass Mercedes inzwischen zu fast zehn Prozent dem Eigner der priva-

ten chinesischen Autoholding Geely (Geely ist u.a. auch Hauptaktionär bei Volvo) gehört, scheint dem CDU-Politiker bei seinem Werben für ein gegen China gerichtetes transatlantisches Bündnis entgangen zu sein.

Auch Deutschlands oberster Verfassungsschützer Maaßen schlug kürzlich China-Alarm. »Man braucht keine Spionage, wenn man ganze Unternehmen kaufen kann«, kommentierte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz die rasant wachsenden Investitionen chinesischer Firmen in Deutschland. »Ausweiden und ausschlachten« laute die Strategie der chinesischen Käufer. Das rasch wachsende Kaufinteresse von chinesischen Investoren sei ein Sicherheitsrisiko, denn die chinesischen Unternehmen seien zur Zusammenarbeit mit den heimischen Geheimdiensten verpflichtet. Dass z.B. die Erfahrungen von Arbeitnehmervertretern in chinesisch investierten Unternehmen gerade auf das Gegenteil von »Ausweiden und ausschlachten« hinweisen (Originalzitat eines Gewerkschaftsvertreters: »Lieber zehn chinesische als einen US-Investor«), hat der oberste Verfassungsschützer in seiner interessegeleiteten Blindheit wohl nicht bemerkt.¹

Spätestens seit 2016 der private chinesische Hausgeräte-Hersteller Midea den Augsburger Roboterbauer Kuka übernahm, ist der drohende Ausverkauf der deutschen Industriepelken und damit »unserer Zukunft« an chinesische Investoren ein fester, hysterisch aufgeladener Topos der politischen und medialen Diskussion. Vergeblich hatte die Politik u.a. in Person des damaligen SPD-Bundeswirtschaftsministers Gabriel versucht, deutsche bzw. europäische Kapitalgruppen zu einem Gegenangebot gegen die ziemlich großzügige Offerte aus China an die damali-

¹ Wolfgang Müller: Mitbestimmung in chinesisch investierten Unternehmen, Düsseldorf 2017, www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_2017_36_ci_mueller.pdf

gen Kuka-Aktionäre, darunter die schwerreiche schwäbische Industriellensippe Voith und den Milliardär Friedhelm Loh (Rittal), zu bewegen. Und obwohl angeblich der Wirtschaftsstandort Deutschland durch China bedroht war, kam ein staatlicher Einstieg bei Kuka für die Berliner Großkoalitionäre nicht infrage. Dafür konnten die damaligen Kuka-Aktionäre dank China ihr Kuka-Investment teilweise binnen weniger Jahre vervielfachen.

Der Fall Kuka sorgte in der deutschen und auch in der europäischen Politik für einen protektionistischen Kurswechsel bei Unternehmensübernahmen. Zu den Hochzeiten des neoliberalen Laissez-Faire und der unangefochtenen US-Dominanz nach dem Fall der Mauer hatte sich die Politik im Wesentlichen aus den Händen der Privatunternehmen rausgehalten (Beispiel: Vodafone-Übernahme von Mannesmann im Jahr 2001). Jetzt ist die unilaterale, US-dominierte Weltordnung am Zerfallen, mit China ist eine neue Wirtschafts-Weltmacht entstanden. Deutsche Ministerien können nach dem geänderten Außenwirtschaftsgesetz Unternehmenskäufe unter Sicherheitsaspekten überprüfen und ggf. untersagen. Die EU-Kommission hat eine entsprechende Richtlinie in Vorbereitung. Schon Ende 2016 stoppte Gabriel auf Betreiben der USA die Übernahme des kleinen hochspezialisierten Aachener Maschinenbauers Aixtron. Hauptsächlich staatliche chinesische Investoren wollten den Hersteller von Maschinen für die Chipindustrie übernehmen. Im Fall der früheren Siemens-Tochter Osram kam es wegen des zu erwartenden hysterischen Geschreis in Deutschland gar nicht erst zu einem offiziellen Angebot durch interessierte chinesische Investoren. »Wir müssen genauer hinschauen, wenn chinesische Unternehmen mit staatlicher finanzieller Unterstützung in Europa auf Einkaufstour gehen und strategisch wichtige Hochtechnologieunternehmen erwerben«, sagte kürzlich der dem linken Parteiflügel zugerechnete SPD-Bundestagsfraktionsvize für Wirtschaft, Sören Bartol.

Ende 2016 verweigerten die USA zusammen mit der EU und Japan die erforderliche Zustimmung, China nach den Regularien der Welthandelsorganisation WTO offiziell als Marktwirtschaft anzuerkennen. China ist seit Ende 2001 WTO-Mitglied; nach dem offiziellen Protokoll sollte China nach 15 Jahren automatisch den Status als Marktwirtschaft bekommen. Nach einer offiziellen Anerkennung als Marktwirtschaft könnten andere WTO-Mitgliedstaaten Zölle und Antidumping-Maßnahmen gegen China wie z.B. bei Stahl erst nach Abschluss längerer WTO-Prozeduren und Untersuchungen verhängen. Den Geschäften etwa der deutschen Autoindustrie oder des Maschinenbaus mit China hat das deutsch-europäische Veto in der WTO bislang nicht geschadet. Aber die Entscheidung hat Symbolcharakter: China wird vom Westen nicht als ebenbürtiger Wirtschaftspartner anerkannt. Es ist also wahrscheinlich, dass sich Deutschland und damit Europa für eine transatlantische Allianz gemeinsam mit den USA gegen China stark machen wird.

Fairness als Kategorie globaler Wirtschaftspolitik?

Im Zentrum der propagandistischen Unterlegung des transatlantischen Wirtschafts-Kreuzzugs gegen China steht die Behauptung, China verhalte sich im Welthandel und in der Weltwirtschaft unfair: China überschwemme die USA mit seinen

Produkten, China schere sich nicht um geistiges Eigentum und schlachte die gekauften Firmen aus. Im Vorwurf an die Adresse Chinas ist natürlich impliziert, dass der Westen – Europa und die USA – sich seinerseits fair verhält. Der Begriff der Fairness ist positiv besetzt, nicht nur im Sport.

Aber in der globalen Konkurrenz der Einzelkapitale untereinander wie der nationalstaatlich oder überstaatlich organisierten Kapitalblöcke auf dem Weltmarkt geht es nicht um Fairness, sondern um Gewinnen oder Verlieren, um Profite oder Verluste, um Marktbeherrschung. Die etablierten Kapitale und Wirtschaftsmächte wollen Newcomer auf dem Weltmarkt wie etwa aufstrebende chinesische Konzerne oder China als Wirtschaftsmacht möglichst auf Abstand, möglichst klein halten. Es ist eine Fiktion, dass es in der globalen Konkurrenz fair zugeht wie etwa in einer Selbsterfahrungsgruppe.

Es gibt in der Weltwirtschaft mehr oder weniger akzeptierte Regeln, und es gibt Institutionen wie die WTO, die dafür sorgen sollen, dass der globale Handel trotz aller Interessengegensätze und trotz erbitterter Konkurrenz funktioniert und dass nicht bei jedem einzelnen Deal die Regeln neu ausgehandelt werden müssen.

Aber diese Regeln sind nicht neutral, sondern begünstigen die wirtschaftlich starken Akteure, die den Inhalt dieser Regeln bestimmt haben. Regeln wie die Öffnung der Märkte, der Abbau und die Beseitigung der Zollschranken sowie die Freizügigkeit der Exporte und Importe haben z.B. dafür gesorgt, dass die meisten afrikanischen Länder sich nicht mehr selbst versorgen können. Die lokale Landwirtschaft kann sich nicht selbst entwickeln, sondern wird von den subventionierten Agrarindustrien der USA und Europas ruiniert.

China hat diese Regeln nicht gemacht. Die Freiheit des Kapitalverkehrs und der Schutz der Direktinvestitionen sind Regeln, die gemacht sind von den Kapitaleignern und für die Kapitaleigner. Aber wie ist gesichert, dass mit den Direktinvestitionen auch eine soziale Verantwortung verbunden ist für die Menschen in einer Region bzw. für das Land, wo investiert wird? Deshalb hat China das Land ausländischen Investoren zwar weit geöffnet, aber verbunden mit Auflagen. So achten die chinesischen Behörden etwa bei der konzerninternen Einfuhr von Maschinen aus Deutschland in das chinesische Tochterunternehmen eines deutschen Industriekonzerne darauf, dass nicht schrottreife, längst abgeschriebene Anlagen in China recycelt werden.

Chinesische Blogger beklagen zu Recht, dass die Öffnung Chinas dazu geführt hat, dass von dessen 35 wichtigsten Industriebranchen 20 von ausländischen Konzernen kontrolliert werden. Wenn von China Fairness und Reziprozität angemahnt werden, muss das auch für die Verteilung der in China erwirtschafteten Profite gelten. Aber davon kann keine Rede sein: Während schon im Jahr 2010 US-Firmen mehr als 100 Mrd. US-\$ an Profiten in und von China machten, machten chinesische Exporteure damals Gewinnmargen von gerade mal 3 bis 5 %. Die Bilanz der Profite wurde auf ein Verhältnis von 5 oder 6 zu 1 zuungunsten Chinas geschätzt. An diesem Missverhältnis hat sich bis heute wahrscheinlich wenig geändert.

Spätestens mit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hat sich auch das neoliberale Credo blamiert, dass die Öffnung der Finanzmärkte ein Segen für die Menschheit

ist. Gerade China, das bis heute das Finanzsystem kontrolliert, konnte die damalige Krise trotz des Zusammenbruchs seiner wesentlichen Exportmärkte schnell überwinden und hat mit seinem gigantischen Konjunkturprogramm u.a. dafür gesorgt, dass die deutschen Exporteure schnell aus der Krise kamen.

Geistiges Eigentum zu schützen, klingt abstrakt gut. Jeder Erfinder will die Rechte an seinen Erfindungen und auf deren Verwertung. Aber längst ist der Schutz des geistigen Eigentums eine zentrale Waffe im Kampf der Kapitale auf dem Weltmarkt. Die weltgrößte Konzerne haben heute mehr immaterielle Güter, u.a. geistiges Eigentum, in ihren Bilanzen als handfeste Werte. Seit Langem kritisieren Experten den Missbrauch geistigen Eigentums; Innovationen würden so verhindert und Ideen und Entwicklungen privatisiert bzw. verhindert.

Sind Chinas Handelsüberschüsse unfair?

Von der Trump-Administration wird vor allem Chinas Überschuss im Handel mit den USA angeprangert. Aus denselben Gründen erhöht die US-Regierung den Druck auf Deutschland.

Dagegen steht das Argument von chinesischen Offiziellen: Wie soll China das bilaterale Ungleichgewicht im Handel mit den USA abbauen, wenn die USA gleichzeitig den Export von strategisch sensiblen Produkten und Komponenten verbieten und wenn die USA keine moderne Infrastruktur haben, um z.B. Öl und Kohle zu wettbewerbsfähigen Konditionen nach China zu verschiffen?

Gleichzeitig ist China immer weniger erpressbar. 2005 machten Chinas Exporte in die USA fast 11% der gesamten Wirtschaftsleistung Chinas aus. 2017 waren es nur noch knapp über 4%. In Deutschland macht der Export 40% der Wirtschaftsleistung aus. Das liegt nicht nur daran, dass Chinas Exporte inzwischen diversifizierter sind. Chinas Wirtschaft ist inzwischen auch weniger exportabhängig: 2005 machten Exportgüter mehr als 30% der gesamten Wirtschaftsleistung aus, 2017 lag die Marge deutlich unter 20% (FT, 2.5.2018).

Zudem ist die Argumentation mit Ungleichgewichten im Handel immer fragwürdig. Denn es sind nicht Nationen mit voneinander abgeschotteten Produktionen, die untereinander mit Fertigprodukten handeln. Ein großer Teil des Welthandels entfällt heute auf Vorprodukte und Teile, die zu globalen Lieferketten gehören. Beispiel Apple: Die allermeisten Apple-Produkte werden in China gefertigt, u.a. vom taiwanesischen Auftragsfertiger Foxconn. Verständlicherweise zeigt sich jetzt der weltgrößte Chiphersteller TSMC aus Taiwan, der die meisten Chips für Apple produziert, sehr besorgt über die Auswirkungen von US-Einfuhrzöllen auf Elektronikprodukte und warnt vor einem Handelskrieg. Die Apple-Produkte gehen als Importe in die US-Handelsbilanz mit China ein.

China ist für viele multinationale Konzerne bislang die verlängerte Werkbank, nicht nur im Elektroniksektor. In den chinesischen Fabriken werden importierte Teilprodukte und Komponenten zu fertigen Endprodukten montiert, die dann mit dem Label »Made in China« exportiert werden. Die Wertschöpfung

VSA: Gegen Autoritarismus

www.vsa-verlag.de



Klaus Busch/Joachim Bischoff/Hajo Funke
Rechtspopulistische Zerstörung Europas?
Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende
224 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-778-4
Vergleichende Analysen des rechtspopulistischen Aufstiegs am Beispiel fünf europäischer Länder – mit Auswegen und Alternativen.



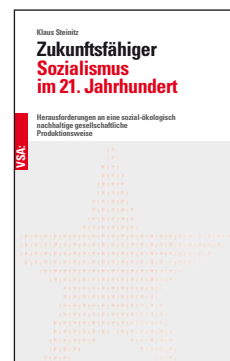
IG Metall Bezirk Baden-Württemberg (Hrsg.)
aufrecht gehen
Wie Beschäftigte durch Organizing zu ihrem Recht kommen
160 Seiten | Hardcover | durchgehend farbig | € 16,80
ISBN 978-3-89965-781-4
Anleitungen und Schlaglichter auf konkrete Erfahrungen und Probleme heutiger gewerkschaftlicher Organizing.



Frank Deppe
1968: Zeiten des Übergangs
Das Ende des »Golden Age«, Revolten & Reformbewegungen, Klassenkämpfe & Eurokommunismus
144 Seiten | € 12,80
ISBN 978-3-89965-794-4
Frank Deppe analysiert die Ereignisse des Jahres 1968 im Kontext der damaligen weltpolitischen und ökonomischen Strukturveränderungen.



Christian Fuchs
Digitale Demagogie
Autoritärer Kapitalismus in Zeiten von Trump und Twitter
320 Seiten | € 24,80
ISBN 978-3-89965-823-1
Fuchs belebt grundlegende Arbeiten zum Autoritarismus von Franz L. Neumann, T.W. Adorno, Erich Fromm, Marcuse, Horkheimer, Wilhelm Reich, Leo Löwenthal und Klaus Thewleite im Zeitalter von Trump und Twitter neu.



Klaus Steinitz
Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert
Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise
96 Seiten | € 9,80
ISBN 978-3-89965-837-8
Welche Anforderungen müsste eine sozialistische Alternative für das 21. Jahrhundert erfüllen?

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de

in China und damit der Teil vom Ladenpreis, der in China »hängen« bleibt, ist minimal. Die Zerlegung eines Apple-Produkts in seine Komponenten mitsamt deren Herkunft zeigt das eindrucksvoll. Schon vor zehn Jahren stellte die chinesische Regierung fest, dass wertmäßig etwa 50% der China-Exporte in die USA die Markenzeichen von US-amerikanischen Konzernen trugen.

»Wir sind offen, China nicht«

Als Beispiel mangelnder Reziprozität gilt den China-Kritikern der Zwang für ausländische Investoren, in bestimmten Branchen wie der Autoindustrie oder dem Finanzsektor Joint-Ventures meist mit chinesischen Staatsunternehmen als Partner zu gründen. So arbeiten alle deutschen Autohersteller, die in China prächtig verkaufen und dort ca. die Hälfte ihrer Profite machen, im Rahmen von Gemeinschaftsunternehmen. Sie haben sich mit ihren chinesischen Partnern bestens arrangiert. Der VW-Konzern ist Marktführer in China. Eigentlich hatte sich die chinesische Regierung vor 20 Jahren von den Joint-Ventures einen Technologietransfer erhofft, der die Staatsunternehmen mit der Zeit fit für die Konkurrenz machen sollte. Aber der Technologievorsprung der Hersteller aus Europa, Japan und den USA ist bislang ungebrochen. Auch deswegen setzt China jetzt auf Elektromobilität, weil mit der neuen Antriebstechnik die Karten im Autosektor neu gemischt werden.

In den deutschen Medien wird zudem pauschal behauptet, dass alle ausländischen Investitionen in allen chinesischen Branchen immer nur in Partnerschaft mit chinesischen Staatskonzernen stattfinden können. Das ist Unsinn. Seit über 20 Jahren entwickelt und produziert z.B. der Schaeffler-Konzern mit weit über 10.000 Beschäftigten in chinesischen Produktionsstätten, die zu 100% Schaeffler gehören. Der Mähdrescher-Hersteller Claas hat vor Jahren komplett Chinas größten Landmaschinenhersteller übernommen. Der US-Handelsriese WalMart hat Hunderte eigene Märkte in China, IKEA und Carrefour sind ebenfalls fest etabliert. Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Der von der US-Regierung jetzt behauptete »erzwungene Technologietransfer« im Rahmen von Joint-Venture-Arrangements beruht in Wirklichkeit auf ausgehandelten Verträgen, die die multinationalen Konzerne ganz bewusst unterschrieben haben, um sich auf Chinas Riesensmarkt zu etablieren, aber auch, um die kostengünstige Produktionsplattform in China möglichst effizient zu betreiben. Deswegen teilen die Konzerne bewusst ihre Geschäftsprozesse und ihr Produktions-Know-how mit den chinesischen Partnern. So der Yale-Ökonom Stephen Roach, der bis 2010 für die US-Bank Morgan Stanley das Asien-geschäft leitete und ein erfolgreiches Joint-Venture in China betreute (South China Morning Post, 26.4.2018).

Reziprozität wird nicht nur von deutschen Politikern und China-Experten gerne von China eingefordert. Gemeint ist damit, dass für die ausländischen Investitionen in China dieselben Freiheiten gelten müssen wie für chinesische Investitionen in Deutschland oder anderswo. Also gleiche Regeln, alles andere sei unfair. Doch konnte sich China in den letzten Jahrzehnten nur deswegen erfolgreich entwickeln, weil es sich nicht an alle Spielregeln des neoliberalen Konsenses gehalten hat, z.B.

sich von den Finanzmärkten abgeschottet und auch die eigenen Industriefirmen geschützt und gefördert hat. So hat China den Binnenmarkt erst jetzt für die US-Kreditkartenfirmen Visa und Mastercard geöffnet. Aber heute ist in China das mobile Bezahlen per Handy fest etabliert, niemand braucht mehr Plastikkasse. Die Forderung nach Reziprozität relativiert sich zudem, wenn der Bestand der Auslandsinvestitionen in China und umgekehrt betrachtet wird: Allein die deutschen Investitionen in China betragen ein Vielfaches der bisherigen chinesischen Investitionen in Deutschland, wie der Ökonom Heiner Flassbeck schon im Herbst 2016 in seinem Blog (<https://makroskop.eu/thema/genial-daneben/>) dargelegt hat.

Macht China eine aggressive staatliche Industriepolitik?

Das Dokument der Trump-Regierung für die Verhandlungen mit China beschreibt das Programm »Made in China 2025« als sozialistische Verschwörung zur Erringung der Weltherrschaft in den großen Zukunftsindustrien: autonomes Fahren, Hochgeschwindigkeitszüge, fortgeschrittene IT-Technologien und Werkzeuge, neue Materialien, Biomedizin und moderne Medizintechnik, alternative Energien und Agrarmaschinen. China wird beschuldigt, eine einzigartige staatlich gesteuerte und subventionierte Industriepolitik zu verfolgen, die unfairerweise die Wettbewerbsvorteile gegenüber freien und auf offenen Märkten basierenden Systemen wie den USA ausnutzt, die angeblich nach anderen Regeln spielen.

Dabei ist Industriepolitik, der Übergang von importierten zu eigenen Innovationen, eine erprobte Strategie für aufstrebende Länder. Auch entwickelte Länder haben für ihre nationalen Wirtschafts- und Wettbewerbsziele immer eine Industriepolitik verfolgt. Japans rasanter Aufstieg in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts war eng mit der staatlichen Industriepolitik verbunden. Das MITI, das Ministerium für internationalen Handel und Industrie, förderte durch Kreditvergabe und Zölle systematisch Japans aufstrebende Industrien. Das deutsche Wirtschaftswunder war natürlich auch staatlich gemacht. In den USA war und ist der militärisch-industrielle Komplex, von dem US-Präsident Eisenhower schon 1961 sprach, der Kern der staatlich geförderten Innovationsstrategie in den USA. Das Internet, GPS, digitale Bildverarbeitung, die Chip-Technologie und vieles mehr sind Ergebnisse der US-Industriepolitik. Das funktioniert über den Verteidigungshaushalt, der mit 700 Mrd. US-\$ alleine in 2018 größer ist als die Verteidigungsausgaben von China, Russland, Großbritannien, Indien, Frankreich, Japan, Saudi-Arabien und Deutschland zusammen.

Die Behauptung, dass nur China eine Industriepolitik für nationale Interessen verfolge, ist absurd. Deswegen haben Chinas Unterhändler in den Handelsgesprächen mit der Trump-Administration auch erklärt, dass Chinas Industriepolitik nicht verhandelbar ist. China setzt auf höhere Wertschöpfung und will damit einen größeren Teil des in China erarbeiteten Reichtums im Land behalten. Die in China und mit China erwirtschafteten Profite sollen nicht mehr vor allem nach Wolfsburg, Stuttgart, München, Seattle oder ins Silicon Valley gehen. Das ist ein völlig legitimes Interesse und alles andere als unfair.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

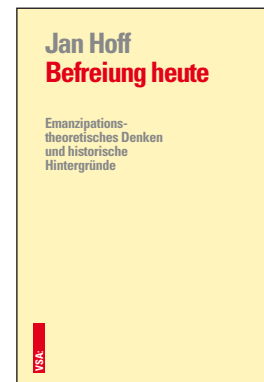
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de